

Warum die Bundesbank uns erst mit 69 in Rente schicken will¹

Die Notenbank spricht Klartext: Die junge Generation muss länger als ihre Eltern arbeiten, nur so lässt sich das Rentenniveau stabilisieren. Das hätte den Experten zufolge einen zusätzlichen Vorteil.

Von [Karsten Seibel](#) Korrespondent für Wirtschafts- und Finanzthemen in Frankfurt



Um das Rentenniveau zu stabilisieren, müssen die Deutschen bald länger arbeiten. Das ergab eine neue Berechnung der Deutschen Bundesbank. Ein Nachteil sei das aber nicht. Quelle: Die Welt

Die Deutsche Bundesbank hat sich mit deutlichen Worten in die aktuelle Rentendebatte eingemischt. Weitere Anpassungen seien unvermeidlich, damit die gesetzliche Rentenversicherung weiterhin funktioniert, heißt es in der aktuellen Ausgabe des Monatsberichts. "Dabei sollte eine längere Lebensarbeitszeit nicht tabuisiert, sondern als ein wesentlicher Faktor mitberücksichtigt werden", schreiben die Autoren.

Auch eine konkrete Zahl wird genannt: 69 Jahre. Bis auf dieses Alter müsse das Rentenalter bis zum Jahr 2060 schrittweise angehoben werden, um das Versorgungsniveau zu stabilisieren. Ansonsten könnten Menschen, die heute um die zwanzig Jahre alt sind, nur noch mit einer Rente in Höhe von 40 Prozent des Durchschnittslohns rechnen. Aktuell liegt das Niveau noch auf 48 Prozent. Bis zum Jahr 2030 ist nach derzeitiger Rechtslage ein Absinken auf 43 Prozent erlaubt.

Kritische Jahre 2030 bis 2035

Grundsätzlich verlangt die Bundesbank von den verantwortlichen Politikern mehr Aufrichtigkeit in der Debatte. Um die Planungssicherheit der Menschen zu stärken, sei es entscheidend, "offizielle Vorausberechnungen über das Jahr 2030 hinaus vorzulegen", heißt es in dem Bericht. Das Wort "endlich" schwingt zwischen den Zeilen unüberhörbar mit. Schon seit dem Jahr 1989 endet das politische Denken in der Rentenpolitik im Jahr 2030.



Foto: Infografik Die Welt

Dabei, so die Bundesbank, komme es gerade nach ihren Berechnungen auf die Jahre zwischen 2030 und 2035 an, diese seien besonders kritisch für das System, da dann die letzten geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kämen und sich damit das Verhältnis von Beschäftigten zu Rentnern noch

¹ <http://www.welt.de/wirtschaft/article157669153/Warum-die-Bundesbank-uns-erst-mit-69-in-Rente-schicken-will.html>

einmal verschlechtere. Steigende Beiträge und ein weiter sinkendes Rentenniveau seien die Folge.

Die junge Generation müsse jetzt wissen, wie die drei Stellgrößen der Rente – Beitragssatz, Renteneintrittsalter und das dann zu erwartende Versorgungsniveau – langfristig angepasst werden. Nur so können "das Vertrauen in die Rentenversicherung gestärkt und die Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Absicherung im Alter verringert werden".

Junge Generation muss länger arbeiten

Mit dem Beitrag im Monatsbericht bezieht die Behörde vor der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes Position. Schon in den vergangenen Wochen waren Stimmen laut geworden, die verlangten, das Niveau der gesetzlichen Rente auf 50 Prozent zu erhöhen – ohne allerdings konkret zu sagen, was dies für Beitragssatz und Renteneintrittsalter bedeutet.

Für die Experten der Bundesbank ist ein Punkt unvermeidlich: Die junge Generation wird noch länger arbeiten müssen als ihre Eltern. So heißt es in dem Bericht: "Eine längere Lebensarbeitszeit sollte nicht tabuisiert, sondern als ein wesentlicher Faktor mitberücksichtigt werden."

Eine Benachteiligung der jungen Generation sehen die Volkswirte darin nicht, schließlich werde diese Generation auch länger leben. Das Verhältnis von Arbeitszeit zu Rentenzeit bleibe unverändert. So hätten Versicherte, die im Jahr 1960 mit 65 Jahren in Rente gingen, diese im Durchschnitt noch etwas mehr als 13 Jahre genießen können, im Jahr 2011 waren es dagegen schon 19 Jahre. Das aktuelle Verhältnis von Lebensarbeitszeit zu Rentenbezugsdauer bleibe bei einer Rente ab 69 Jahre ab dem Jahr 2060 erhalten – nicht mehr und nicht weniger.

Eine längere Lebensarbeitszeit hätte aus Sicht der Bundesbank zwei entscheidende Effekte: Da mehr Menschen in Deutschland arbeiten, werde das Wirtschaftswachstum gestützt und damit die für das Umlagesystem wichtige Lohnsumme. Zudem bleibe das Verhältnis von Beschäftigten zu Rentnerinnen und Rentnern länger intakt – auch dies sei ein wesentlicher Vorteil für das Umlagesystem, bei dem mit den Beiträgen der arbeitenden Bevölkerung die Renten der Ruheständler finanziert werden.

Beitragserhöhung nötig

Doch selbst wenn Deutsche ab dem Jahr 2060 bis 69 arbeiten, wird es nach Prognosen der Bundesbank nicht ohne Beitragserhöhungen gehen. Diese würden von derzeit 18,7 Prozent auf eine Größenordnung von 24 Prozent steigen. Dafür hätten die Menschen bei Renteneintritt dann aber auch statt 42 Prozent – wie bei der Beibehaltung der [Rente ab 67](#) – immerhin 44 Prozent ihres Durchschnittsbruttolohns zur Verfügung. Aktuell sind es 48 Prozent.



Einen größeren und damit entscheidenderen Effekt hätte die längere Lebensarbeitszeit den Berechnungen der Bundesbank-Experten zufolge auf die staatlich geförderte kapitalgedeckte private Rente, bekannt als Riester-Rente. Schließlich verlängert sich bei einem Standardrentner dadurch automatisch die Ansparphase auf dann 49 Jahre, was sich dank des Zinseszins-effekts überdurchschnittlich auf das Sparziel auswirkt.

Foto: Infografik Die Welt

Laut Monatsbericht erreichen die seit Anfang der 80er-Jahre Geborenen, die über ihre gesamte Erwerbsphase in ein Riester-Produkt einzahlen, bei einer Ausweitung der Lebensarbeitszeit über 67 hinaus ein Gesamtversorgungsniveau von etwa 58,5 Prozent.

Diese Prognose ist allerdings mit Unsicherheiten behaftet. Zum einen wird unterstellt, dass jeder den maximalen Satz, also vier Prozent des Bruttolohns, einzahlt – was viele nicht machen. Zum anderen liegt dieser Prognose die Annahme zugrunde, dass die Riester-Rente dauerhaft nach Abzug von zehn Prozent Kosten eine Rendite von vier Prozent pro Jahr erwirtschaftet. Dies ist zumindest in Zeiten extrem niedriger Zinsen, wie aktuell, unrealistisch.

In der Studie wird darauf eingegangen. Die Autoren haben auch Szenarien mit niedrigeren Verzinsungen gerechnet. Bei einer durchschnittlichen Rendite von drei Prozent über die Ansparphase von knapp 50 Jahren liegt das Rentenniveau des Rentengenerationenjahrgangs 2060 demnach bei 54 Prozent. Bei 1,5 Prozent bei gut 50 Prozent, und selbst wenn es am Ende nur das eingezahlte Kapital plus die staatlichen Zulagen gibt, werde das Rentenniveau dank der Riester-Rente ab dem Jahr 2035 bei etwas mehr als 48 Prozent stabilisiert.